

September 2017



Informationen aus Land und Kreis

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlichen Dank für Ihre Unterstützung in den letzten Monaten. Mit Ihrer Hilfe und Ihrer Stimme konnten wir in unseren Wahlkreisen, aber auch im ganzen Land ein großartiges Ergebnis erreichen. Die vielen ehrenamtlichen Helfer, unser Wahlkampfteam der CDU Kreis Viersen und die Junge Union Kreis Viersen haben diesen Erfolg erst möglich gemacht.

Die CDU ist als Gewinnerin aus der Landtagswahl hervorgegangen und stellt nun mit Armin Laschet den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen.

Wir freuen uns auf unsere neuen Aufgaben und versprechen Ihnen, uns mit aller Kraft dafür einzusetzen, die Zukunft unseres Landes positiv zu gestalten und Nordrhein-Westfalen voranzubringen.

Mit unserem Newsletter werden wir Sie auch in Zukunft regelmäßig über das Neueste aus dem Landtag und dem Kreis Viersen informieren. Natürlich stehen wir Ihnen auch gerne für ein persönliches Gespräch zur Verfügung und freuen uns über Anregungen, Vorschläge und Ideen von Ihnen.

Ihr

Marcus Optendrenk

Ihr

Stefan Berger



Marcus Optendrenk ist stellvertretender Vorsitzender der Fraktion und Vorsitzender des Hauptausschusses des Landtages. Zudem ist er Mitglied im Ausschuss für Europa und Internationales.

Stefan Berger, der auch Sprecher der niederrheinischen Abgeordneten ist, wurde in seinem Amt als Sprecher der CDU für Wissenschaft und Forschung bestätigt. Zudem ist er Mitglied im Ausschuss für Europa und Internationales.



Schwerpunkte des Koalitionsvertrags



Mitte Juni haben CDU und FDP den gemeinsamen Koalitionsvertrag beschlossen. Mit ihrer

Koalition des Aufbruchs wollen CDU und FDP Nordrhein-Westfalen wieder zu einem Aufsteigerland machen. Hier die wichtigsten Vorhaben:

Aufstieg durch Bildung

Schaffung bester Voraussetzungen für die Bildung der Schülerinnen und Schüler, bestmögliche und individuelle Förderung unabhängig von der Herkunft der Eltern, durchgehende Wahlmöglichkeit zwischen Förderschule und inklusiver Regelschule, Verbesserung der Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung, Schaffung exzellenter Studienbedingungen.

Stärkung der Familien

Verbesserung der frühkindlichen Bildung, Ausbau der Kinderbetreuung und des Kinderschutzes, Bekämpfung von Kinderarmut, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Aufbruch für die Wirtschaft

Ausbau der digitalen Infrastruktur, Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen, Abbau unnötiger Bürokratie, mehr Flexibilität zur umweltverträglichen und schnellen Verfügbarkeit von Siedlungs- und Wirtschaftsflächen, Stärkung des Energiestandorts NRW.

Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt



Stärkung der Tarifautonomie, Förderung von beruflicher Weiterbildung, Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes, Anpassung der Einkommensgrenzen für Mini- und Midi-Jobs an die Lohnentwicklung.

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Erhalt, Modernisierung und bedarfsge-rechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, frühzeitige Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Planungen von Verkehrs- und Bauprojekten, Beschleunigung und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren, Optimierung des Baustellenmanagements, Stärkung des Verkehrsträgers Schiene, Erhöhung der Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt und auf dem Land.



Solide Finanzen, effiziente Verwaltung

Konsolidierung der Landesfinanzen, Einhaltung der Schuldenbremse, Stärkung der Pensionsvorsorge, leistungsfähige Verwaltung durch gezielten Bürokratieabbau, Einführung eines zentralen Bedarfs- und Beschaffungsmanagements.

Innere Sicherheit gewährleisten



Null-Toleranz-Politik gegen Kriminelle, Verbesserung der

personellen und technischen Ausstattung der Sicherheitsbehörden, Überprüfung der Sicherheitsarchitektur, Erweiterung polizeilicher Handlungsmöglichkeiten, Erhöhung der Polizeipräsenz vor Ort, elektronische Fußfessel für terroristische Gefährder, Einstellung des „Blitzmarathons“.

Stärkung der Justiz

Bessere personelle Ausstattung bei Richtern und Staatsanwälten, Rechtspflegern und im Justizvollzug, keine Duldung religiöser Paralleljustiz, Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Haftplätzen, Stärkung der Opferschutzeinrichtungen.



Land der vielfältigen Regionen

Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, Einrichtung eines Kompetenzz-

trums „Interkommunale und regionale Zusammenarbeit“, Stärkung von haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitikern, Monitoring des kommunalen Haushaltsverhaltens, Abschaffung des „Kommunal-Soli“, Weiterentwicklung des „Stärkungspakts Stadtfinanzen“, rechtssichere, transparente und verlässliche Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs

Bauen und Wohnen



Foto: © Harald Biebel - Fotolia

Stärkere Förderung von Wohneigentum und Ankurbelung des Wohnungsbaus, Einführung eines Freibetrages bei der Grunderwerbsteuer, Be-

schleunigung von Baugenehmigungsverfahren, Aufhebung der Mietpreisbremse, Vereinfachung des Bauordnungsrechts

Neue Balance zwischen Ökologie und Ökonomie

Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes, kritische Prüfung und Überarbeitung der Biodiversitätsstrategie, Stärkung des Vertragsnaturschutzes, stärkere Nutzung von Abfall als Rohstoffressource, Abschaffung der „Hygiene-Ampel“, Neuordnung des ökologischen Ausgleichs für Flächenverbrauch

Nähere Informationen zu diesen und weiteren Themen finden Sie [hier](#).

Rettung der Förderschulen

In vielen Schulen unseres Landes wird durch das große Engagement von Lehrerinnen und Lehrern Inklusion schon seit Jahren beispielhaft umgesetzt. Doch durch die von der Vorgängerregierung übereilt eingeführte flächendeckende Inklusion sahen sich viele Kommunen gezwungen, Förderschulen zu schließen, sodass das Förderschulangebot nicht mehr ausreicht. Daher hat die Landesregierung die Mindestgrößenverordnung für

die Förderschulen geändert und schafft damit die Voraussetzungen für ein möglichst breites Förderschulangebot. Eltern haben damit nun eine echte Wahlfreiheit zwischen Regelschule und Förderschule.



Foto: © Lisa F. Young - Fotolia

Mehr Studierende bei der Polizei NRW

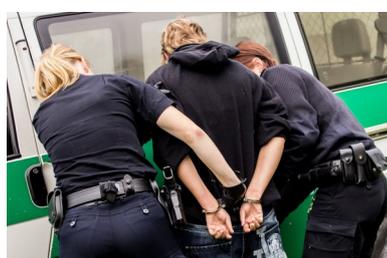


Foto: © jonasginter - Fotolia

Am 1. September haben 2.300 Studierende ihr Studium bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen begonnen. Damit löst die neue Landesregierung ein weiteres Wahlversprechen ein. Wie im Koalitionsvertrag angekündigt, werden die Einstellungszahlen noch in diesem Jahr von 2.000 auf 2.300 Kommissarwärterinnen und Kommissarwärter erhöht.

Dies ist ein erster Schritt, um der angespannten Personallage bei der nordrhein-westfälischen Polizei zu begegnen und mehr Polizistinnen und Polizisten auf die Straße zu bringen. Um die hohe Zahl der Pensionierungen in den nächsten Jahren zu kompensieren, soll dieses Einstellungsniveau von 2.300 Beamtinnen und Beamten mindestens bis 2022 beibehalten werden. Ab dem kommenden Jahr werden darüber hinaus jährlich 500 zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte als Polizeiverwaltungsassistenten geschaffen, um die Polizei von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten.

Mehr als 14 Millionen Euro für die Schulmodernisierung im Kreis

Nordrhein-Westfalen erhält rund 1,12 Milliarden Euro aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz. Damit diese rasch und vollständig an die Städte und Gemeinden weitergereicht werden können, hat das Landeskabinett einen Referentenentwurf zur Weiterleitung der Mittel beschlossen.



Marcus Optendrenk: „Dank des Einsatzes der Landesregierung in Berlin bekommt der Kreis Viersen voraussichtlich über 14 Millionen Euro für die Schulinfrastruktur. Mit dem Geld wird es bei der Modernisierung, dem Umbau oder der Erweiterung unserer Schulen endlich zügig vorangehen.“

Das Geld kann unser Kreis auch für bauliche Aktivitäten zur weiteren Umsetzung der schulischen Inklusion oder sanitärer Anlagen nutzen. Der Referentenentwurf ist der Startschuss für die unbürokratische und vollständige Weiterleitung der Mittel vom Bund.“

Die gesamten Fördermittel in Höhe von 14.013.096 Euro verteilen sich auf die Kommunen:

Kreis Viersen 4.634.845 Euro
 Brüggen 572.424 Euro
 Grefrath 456.151 Euro
 Nettetal, Stadt 1.851.674 Euro
 Niederkrüchten 427.636 Euro
 Schwalmatal 1.048.173 Euro
 Tönisvorst, Stadt 762.784 Euro
 Viersen, Stadt 4.259.409 Euro

Mehr Geld für die Kommunen



Foto: © made_by_nana - Fotolia

Die Landesregierung verbessert mit einem umfassenden Maßnahmenpaket die finanziellen Rahmenbedingungen

von Städten, Gemeinden und Kreisen in Nordrhein-Westfalen. Das Geld für die Kommunen soll im Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 um 829,6 Millionen Euro auf 11,47 Milliarden Euro erhöht werden. Die darin enthaltenen pauschalen Investitionsmittel steigen um 135,4 Millionen Euro auf 1,7 Milliarden Euro.

Der „Kommunal-Soli“ von 91 Millionen Euro wird ab dem Jahr 2018 wie versprochen vollständig abgeschafft. Zudem werden die Schul- und Bildungspauschale sowie die Sportpauschale erstmals seit 2009 in einem ersten Schritt um 13 Millionen Euro erhöht. Insbesondere kleinere kreisangehörige Gemeinden werden von der Erhöhung der Sportpauschalen profitieren.

Außerdem wird eine faktische Grund- und Gewerbesteuerbremse durch das Einfrieren der fiktiven Hebesätze im Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 eingeführt. So soll die Steuererhöhungsspirale gestoppt werden.

Investitionen in die Kinderbetreuung im Kreis

Die Landesregierung löst ihr Versprechen gegenüber der kommunalen Familie ein, die Gelder für Investitionen in die Kinderbetreuung nach einem transparenten Verfahren zu verteilen. Die Jugendämter er-

halten durch die Finanzierungszusagen einen großen finanziellen Spielraum.

Der Kreis Viersen erhält aus dem Investitionsprogramm knapp 3,7 Millionen Euro,

mit denen die Jugendämter den Platzausbau der Kindertageseinrichtungen für Kinder von null Jahren bis zum Schuleintritt angehen können. Auch die Erhöhung der Förderhöchstbeträge für Neubauten von 20.000 auf 30.000 Euro pro Platz ist ein wichtiger Schritt, der den Einrichtungen und damit ganz konkret den Kindern zugutekommen wird.



Foto: © Gebhard-Becker-Photography

Marcus Optendrenk und Stefan Berger sowie der Bundestagsabgeordnete Uwe Schummer freut es, dass den Jugendämtern des Kreises finanzielle Mittel an die

Hand gegeben werden, um den Ausbau zusätzlicher Betreuungsplätze in den Kindertageseinrichtungen voranzutreiben.

	Gesamtanteil Jugendamt	Anteil zur Schaffung neuer Plätze	Anteil für Erhaltungsmaßnahmen
Kempen	419.268 €	314.451 €	104.817 €
Kreis Viersen	1.105.483 €	829.112 €	276.371 €
Nettetal	520.986 €	390.740 €	130.247 €
Willich	990.081 €	742.561 €	247.520 €
Viersen	631.999 €	474.000 €	158.000 €

Insgesamt stehen rund 286 Millionen Euro für zusätzliche Plätze zur Verfügung; 43 Millionen Euro im Rahmen der Landesinvestitionsprogramme und 243 Millionen Euro durch das Investitionsprogramm des Bundes. Darüber hinaus bereitet die Landesregierung ein Programm zum Erhalt der Trägerlandschaft in Nordrhein-Westfalen vor.

Max Lingenbrink bei der CDU-Wahlhelferparty

„Ich fühle mich seit 1946 in der CDU zu Hause. Deshalb bin ich heute gerne hier!“ Mit diesen Worten wendete sich der 96-jährige Max Lingenbrink bei der Wahlhelferparty der Union an die mehr als 100 Parteifreunde, die in den Garten der Viersener Kaisermühle gekommen waren.

Lingenbrink, Ziehsohn des ersten Viersener Oberbürgermeisters Hermann Hülser, wurde vom Kreisvorsitzenden Marcus Optendrenk als Vorbild für die jüngere Generation bezeichnet. „Sie sind dabei geblieben. Und sind bis heute Teil unserer Familie.“ Optendrenk freute sich, dass auch sein Vorgänger Fritz Meies und zahlreiche ehemalige Funktionsträger der Union den Weg zur Kaisermühle gefunden haben.



v.l.n.r.: Dr. Stefan Berger, Max Lingenbrink, Uwe Schummer, Dr. Marcus Opndrenk

Neuer Fraktionsvorstand gewählt

Nachdem die CDU-Landtagsabgeordneten Bodo Löttgen bereits zum Fraktionsvorsitzenden und Matthias Kerkhoff zum Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt hatten, komplettierte die CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen am 11. Juli 2017 ihren Vorstand.

Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende wurden gewählt: Rainer Deppe, Gregor Golland, Dr. Marcus Optendrenk, Thorsten Schick, Daniel Sieveke, Petra Vogt.

Die vier Besitzer im neuen Fraktionsvorstand sind: Katharina Gebauer, Kirstin Korte, Henning Rehbaum und Klaus Vossemer. Zum Justiziar der Fraktion wählten die Landtagsabgeordneten Dr. Jörg Geerlings. Finanzbeauftragter ist Bernd Krückel.



(v.l.n.r.): Matthias Kerkhoff, Marcus Optendrenk, Anré Kuper (Landtagspräsident), Klaus Vossemer, Kirstin Korte, Jörg Gerrlings, Katharina Gebauer, Bodo Löttgen, Henning Rehbaum, Petra Vogt, Thorsten Schick, Rainer Deppe, Daniel Sieveke, Bernd Krückel, Gregor Golland.

Abschaffung der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte

Mit den Stimmen von CDU und FDP hat der nordrhein-westfälische Landtag die



Foto: © animaflora - Fotolia

Abschaffung der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen beschlossen.

Das stärkt den Polizeibeamten in unserem Land den Rücken und schenkt ihnen das nötige Vertrauen. Die Misstrauenskultur

gegenüber unserer Polizei muss endlich ein Ende haben.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass es keine sachliche Notwendigkeit für eine solche Regelung gibt. Nicht unrechtmäßig handelnde Polizistinnen und Polizisten sind das Problem, sondern zunehmend fehlende Wertschätzung und Respekt gegenüber unseren Staatsdienern. Die CDU steht hinter unseren Polizistinnen und Polizisten, die jeden Tag mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben für unsere Freiheit und unsere Sicherheit eintreten.

Dr. Stefan Berger & Dr. Marcus Optendrenk

CDU Kreisverband Viersen

Goetersstr. 54, 41747 Viersen



[Marcus Optendrenk](#)



[Marcus Optendrenk](#)

[Stefan Berger](#)